

Heike Wieschialek

Afrika im Spannungsfeld kultureller Einflüsse

Eine Auswahlbibliographie zu afrikanischen Sichtweisen

Hamburg 1999 * ISBN 3-922852-79-3 * 75 S. * DM 22,-

Der Erforschung von Kultur wird weltweit seit Beginn der 80er Jahre große Aufmerksamkeit geschenkt. Auch im afrikanischen Kontext ist Kultur als ein Faktor entdeckt worden, der einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf wirtschaftliche und politische Entwicklungen hat.

Die Bibliographie enthält 100 Titel zu Afrika südlich der Sahara aus dem Erscheinungszeitraum 1970-1998 mit bisher nur schwer zugänglichen Veröffentlichungen afrikanischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Im Zentrum des Interesses steht dabei die Reflexion über die wechselseitigen Einflüsse zwischen Afrika und Europa aus afrikanischer Sicht.

Es sind u.a. folgende Aspekte berücksichtigt:

- afrikanische und nichtafrikanische Religionen
- Unterschiede zwischen afrikanischen und westlichen Vorstellungen von Recht und moralischen Werten
- Auswirkungen euroamerikanischer politischer Konzepte („Sozialismus“, „Demokratie“, Zivilgesellschaft“)
- die Rolle afrikanischer Eliten als Mittler zwischen afrikanischer Kultur und westlichen Einflüssen
- afrikanische und europäische Sprachen und ihre Verwendung in Erziehung, Literatur und öffentlichem Leben
- Einflüsse westlicher Wirtschaftsstrukturen auf afrikanische Kultur und Gesellschaft
- kulturell bedingter Umgang mit Entwicklungsmaßnahmen

Die Titel - Sammelbände, Monographien, Zeitschriften- und Sammelbandaufsätze - sind mit Schlagwörtern und Annotationen versehen. Mehrere Register (Autorenindex, Länder- und Sachindex) erleichtern den Zugriff.

Herausgeber: Deutsches Übersee-Institut, Übersee-Dokumentation, Hamburg

Max Koch

Die Kollektiven Akteure im Prozeß der Erneuerung des chilenischen Kapitalismus

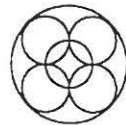
Ein Vierteljahrhundert nach dem Putsch gegen seinen Ernennern und verfassungsmäßigen Präsidenten Salvador Allende hat Chiles starker Mann den Oberbefehl der Streitkräfte an seinen Nachfolger weitergegeben. Während Ricardo Izurieta an die Spitze der Armee rückt, schickt sich Augusto Pinochet an, sein Altenteil auf einem der von ihm selbst erfundenen „designierten“ Senatorenposten zu verbringen. Er kann beruhigt abtreten, denn er und seine inzwischen in die Kasernen zurückgekehrten Armeen können für sich beanspruchen, das Land politisch und ökonomisch transformiert zu haben.

Chile gilt aufgrund seiner beeindruckenden Wirtschaftsindikatoren als entwicklungspolitischer Musterschüler. Das Bruttoinlandsprodukt wächst seit über einem Jahrzehnt um rund 6%, die Exporteinnahmen haben sich seit 1985 verdreifacht und lagen 1994 bei 9,2 Mrd. US\$, die Investitionsquote konnte von 15,8% (1985) auf 27% (1994) gesteigert werden und die offizielle Arbeitslosigkeit lag 1995 bei 5,5%. Diese Daten verweisen auf beträchtliche Erfolge der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie beachtliche Investitions- und Modernisierungsanstrengungen des privaten Sektors. Anders als die anderen lateinamerikanischen Staaten, die sich in der Mehrzahl noch in der Stabilisierungsphase befinden, hat sich in Chile ein exportgestützter Wachstumspfad konsolidiert. Dieser Erfolg beruht auf einem vom öffentlichen und privaten Sektor geteilten Grundkonsens hinsichtlich der allgemeinen Wettbewerbs- und Außenorientierung des Entwicklungsmodells, einer klaren Ausrichtung an marktwirtschaftlichen Prinzipien sowie einer Strategie der Begrenzung der Staatstätigkeit.

Chiles ressourcenbasiertes Wachstumsmodell beruht neben dem traditionellen Exportschlager Kupfer seit Mitte der 70er Jahre auch zunehmend auf anderen Branchen – allerdings mit durchweg niedrigem Weiterverarbeitungsgrad – wie Fischerei- und Holzwirtschaft sowie Obst- und Gemüseanbau. Vieles spricht dafür, daß diese auf der extensiven Ausbeutung der natürlichen Ressourcen beruhende Entwicklungsstrategie in naher Zukunft beibehalten wird, denn sie dürfte – ergänzt durch eine aktive Integration in regionale Handels- und Wirtschaftsräume (MERCOSUR, NAFTA) – auch in den nächsten Jahren hohe Wachstumsraten sicherstellen. Es besteht also kein starker ökonomischer Druck, in wertschöpfungsintensivere Branchen vorzustoßen. Dies jedoch bringt mittel- und langfristig eine Reihe von Risiken mit sich (Sunkel 1996): *Erstens* weist eine neue Studie der chilenischen Regierung aus, daß sich ab dem Jahr 2015 die Mineralienvorkommen zu erschöpfen beginnen, wenn die bisherigen Wachstumsraten beibehalten werden. *Zweitens* bemühen sich zur Zeit zahlrei-

Bestellungen
bitte an:

Deutsches Übersee-Institut
Übersee-Dokumentation
Neuer Jungfernstieg 21
D-20354 Hamburg
Tel.: (040) 3562-598
Fax: (040) 3562-512
e-mail: duei-dok@uni-hamburg.de
Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/duei-dok>



che Entwicklungs- und Transformationsländer um eine Integration in die Weltwirtschaft und setzen dabei ihrerseits auf die Steigerung von rohstoff- und agrarbasierten Exporten, so daß sich das Angebot auf den Sektoren des Weltmarkts vergrößert, auf denen Chile bislang als Pionier agiert. *Drittens* würde ein weiteres Wachstum von durchschnittlich 7% in den nächsten 25 Jahren ungeheure ökologische Probleme aufwerfen: Die Kapazitäten der Häfen müßten versechsfacht werden, die Belastung würde entsprechend steigen, die Anzahl bzw. Größe der Betriebsgebäude und -gelände müßten ebenso um den Faktor sechs gesteigert werden wie die Forst-, Obst- und Gemüseanbauflächen. Der chilenische Erfolg beruht in erster Linie auf der intensiven und extensiven Nutzung von immer mehr Arbeitskräften und Primärgütern im Produktionsprozeß, während die technologisch-organisatorischen Veränderungen in einem äußerst bescheidenen Rahmen verbleiben: Die Arbeitsproduktivität ist in den letzten Jahren gerade einmal um 2,5% jährlich gestiegen (Koch 1998a, Kapitel 2.4).

Der viel zitierte Ausweg aus dieser Entwicklungssackgasse bestünde in einer Aktivierung der Wirtschaftspolitik und neuen Investitionsstrategien in Richtung auf ein intensives, technologie- und wissensbasiertes Wachstumsmodell. In diesem Beitrag möchte ich mich jedoch nicht mit den Perspektiven des neoliberalen Entwicklungsprojektes beschäftigen (vgl. dazu Koch 1997), sondern ich beabsichtige – nicht nur aufgrund des Jahrestages des Militärputsches –, einen Blick zurückzuwerfen – gleichsam auf „die Säulen der Macht“ der Ära Pinochet. Zum Zwecke der Identifikation der Akteure der ökonomischen Transformation ist es allerdings nicht getan, nach der Devise *cui bono?* diejenigen sozialen Gruppen anzugeben, die von dem ökonomischen Strukturwandel am meisten profitiert haben. In der Soziologie gilt es vielmehr – ähnlich wie in der Kriminalistik –, die (Macht)beziehungen in jenen sozialen Feldern zu rekonstruieren, in denen die relevanten Entscheidungen getroffen worden sind. Gegen die landläufige Vorstellung eines relativ direkten Einflusses der Unternehmer auf die Wirtschaftspolitik der Regierung scheint mir die historische Spezifik des chilenischen Falls darin zu liegen, daß die einschlägigen wirtschaftlichen Entscheidungen von einer politischen Schicht getroffen wurden, die sich gewissermaßen „über“ den unmittelbaren Interessen der einzelnen ökonomisch bedeutsamen Klassen und Gruppen befand, und deren Einfluß deshalb viel vermittelt zum Tragen kam, als es die reine „Interessenanalyse“ nahelegt. Ich gebe zunächst einen Überblick über die polit-ökonomische Entwicklung des Landes (1), um danach nach der Rolle der verschiedenen relevanten sozialen Akteure innerhalb dieses Transformationsprozesses zu fragen (2). Beide Analysestränge lassen mich schließlich von der gängigen These einer vollständigen Zäsur im Jahre des Militärputschs 1973 abrücken und umgekehrt die Kontinuität einer ganzen „Epoche der Revolution“ betonen (3).

1. Die Polit-Ökonomische Entwicklung

Nach der „großen Depression“ von 1929–1931, die zu einer empfindlichen Schwächung der traditionellen chilenischen Exportsektoren (Kupfer, Salpeter und einige andere Bodenschätze) geführt hatte, setzte Chile, wie fast alle lateinamerikanischen Staaten, auf die industrielle Imports substitution und damit auf eine Orientierung auf den Binnenmarkt. Unabdingbar erschien eine gezielte Förderung der Industrialisierung, um so eine allmähliche Substitution der Importe industrieller Produkte durch einheimische zu ermöglichen. Dabei kam dem Staat eine Schlüsselrolle zu, der die Industrialisierung durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen unterstützte. Dazu gehörten hohe Zollmauern als Schutz für den Binnenmarkt, preiswerte Kredite und Steuerbefreiungen für einheimische Investoren, aber auch direkte öffentliche Investitionen. Die 1939 ins Leben gerufene staatliche Investitionsagentur CORFO (*Corporación de Fomento de la Producción*) wurde zum Zentrum der Industriepolitik und gründete in allen strategischen Bereichen der Ökonomie größere staatliche Unternehmen. Mit der im Laufe der Zeit immer wichtigeren Rolle des Staates in der Wirtschaft korrespondierte die Ausweitung seiner wohlfahrtsstaatlichen Aktivitäten. Seit den zwanziger Jahren, als das staatliche Sozialversicherungssystem eingeführt worden war, expandierte der Sozialetat ständig, und es wurde sukzessive eine Infrastruktur an sozialen Dienstleistungen – vor allem ein Bildungs-, Gesundheits- und soziales Vorsorgesystem – aufgebaut. Diese Reformperiode fand ihren Höhepunkt und Abschluß unter den Präsidenten Frei und Allende.

1.1 Die Reformen von Frei und Allende

Der Christdemokrat Eduardo Frei (Vater des heutigen Präsidenten), der die Wahlen von 1964 deutlich gewonnen hatte, nahm sich umfassende wirtschaftliche Reformen vor, die von einer Agrarreform, der partiellen Nationalisierung des Kupfers, der Kontrolle von Monopolen und Inflation, über Exportstimulierung und Steuerreform bis zu Maßnahmen zur Lohn- und Preisstabilisierung reichten. In politischer Hinsicht drängte seine Regierung auf eine Verfassungsreform und auf eine Demokratisierung des Bildungswesens. Man nahm sich weiterhin zum Ziel, das öffentliche Gesundheitssystem zu reformieren und die gewerkschaftliche Position in den Arbeitsbeziehungen aufzuwerten. Während gerade die politischen Ziele von Freis *Revolución en Libertad* als weitgehend in die Tat umgesetzt gelten, ließen sich deren wirtschaftliche Inhalte weitaus schwieriger verwirklichen. Dies lag unter anderem am Widerstand der Opposition, der die geplanten Maßnahmen entweder zu weit (Rechte) oder nicht weit genug (Linke) gingen.

1970 gewann mit Salvador Allende zum ersten Mal ein Kandidat der Linken die Präsidentschaftswahlen. Seine Regierungskoalition – die *Unidad Popular* (1970–1973) – hatte sich nicht weniger als die Überwindung des Kapitalismus auf der Basis seiner eigenen institutionellen Strukturen vorgenommen. Die

tiefgreifendsten Maßnahmen waren die vollständige Nationalisierung der Kupferbergwerke, die Ausweitung und Beschleunigung der Bodenreformen und die Verstaatlichung der großen Unternehmen und Banken. Um eine schnelle Umsetzung der Strukturmaßnahmen zu gewährleisten, nahm man eine expansive Geldpolitik des Staates in Kauf. Der großstilige Ankauf von Firmen, die Lohnerhöhungen, die Aufblähung des öffentlichen Haushaltes etc. konnten nur um den Preis einer Erhöhung des Haushaltsdefizits, einer exorbitanten öffentlichen Neuverschuldung und des Aufbrauchens der internationalen Reserven finanziert werden. Die finanzielle Misere des Staates wurde zudem durch eine negative Handelsbilanz verschlimmert, die dem Preisverfall des Kupfers auf dem Weltmarkt von rund einem Drittel des Wertes von 1970 geschuldet war. All dies kulminierte in der Entstehung schwarzer Märkte und in einer Hyperinflation, die zeitweilig bei 500% lag. Die demokratisch gewählte Regierung Salvador Allende wurde so destabilisiert und schließlich – im September 1973 – in einem Militärputsch abgesetzt (siehe zu den sozialen Begleitumständen des Putsches Garretton 1993).

1.2 Das neoliberale Projekt

Das neoliberale Projekt, das bis dato nur in der Theorie der Chicagoer Schule existiert hatte, wurde nun am praktischen Beispiel Chile in die Tat umgesetzt – und dies ohne den „störenden Einfluß“ jeglicher politischer oder gewerkschaftlicher Opposition, die von dem nunmehr etablierten autoritären Staat mit Augusto Pinochet an der Spitze nicht mehr zugelassen war. Es bestand in der Schaffung einer auf dem Markt und dem Privatsektor basierenden Ökonomie. Damit verbunden war ein Bruch, nicht nur mit der angeblich verfassungswidrigen Wirtschafts- und Sozialpolitik der Unidad Popular im besonderen, sondern auch mit der seit den 30er Jahren verfolgten Entwicklungsstrategie der industriellen Importsubstitution im allgemeinen. Im einzelnen umfaßten die Reformen die Privatisierung öffentlicher Firmen, die Deregulierung von Preisen und die Neuregelungen des Binnen- und Außenhandelssystems sowie des Kapital- und Arbeitsmarkts. Gerade auf dem Feld der Arbeitsbeziehungen kam es zu einem vollständigen Rollback dessen, was an Arbeitnehmerbeteiligung seit der Einführung des *Código del Trabajo* von 1931 erreicht worden war und zu einer Hyperflexibilisierung der Arbeitskräfte. Anfangs per Ausnahmegesetzgebung gewaltsam exzerziert, wurde das „autoritäre Fabrikregiment“ (Díaz 1989) mit dem *Plan Laboral* von 1979 institutionalisiert. Insbesondere sah er die Möglichkeit der Kündigung ohne Angaben von Gründen vor und beschränkte die gewerkschaftliche Interessenvertretung. Zwar erlaubte er Streiks, allerdings nur befristet. Nach Ablauf einer bestimmten Frist mußten die Arbeiter wieder in den Betrieb zurückkehren und dabei das letzte von den Arbeitgebern unterbreitete Angebot akzeptieren. Umgekehrt wurde den Arbeitgebern das Recht zu Aussperrungen und temporären Firmenschließungen im Konfliktfall eingeräumt.

Aus der Sozialpolitik zog sich der Staat weitgehend zurück. Auf diesem Felde sah er seine wesentlichen Aufgaben in der Konzentration seiner Mittel auf die extrem von Armut und Marginalisierung betroffenen Bevölkerungsteile (Fokalisierung). Im einzelnen vollzog sich die Übertragung sozialpolitischer Regulierung vom Staat auf den Markt wie folgt:

- drastische Reduktion des Sozial Etats;
 - Übertragung wesentlicher sozialer Aufgaben auf den Privatsektor (z.B. Gesundheitswesen, Rentenversicherung, Teile des Bildungssystems);
 - Dezentralisierung der verbleibenden öffentlichen Sozialpolitik auf die Gemeinden;
 - Einführung von Marktprinzipien bei der Zuweisung von öffentlichen Mitteln.
- Die Rolle des Staates bedarf einer besonderen Erwähnung, denn die liebgewonnene Vorstellung einer ausschließlich durch die Marktkräfte geprägten und „ungestört“ von staatlichem Einfluß sich entwickelnden Wirtschaft stellt einen Mythos dar und hat wenig mit der in Chile gemachten Erfahrung seit 1973 zu tun. In Wirklichkeit griff der Staat während der gesamten Pinochet-Periode massiv in die Wirtschaft ein und konzentrierte dabei mehr Macht denn je. Erstens war der Anteil der Staatsausgaben (ohne Schuldendienst) am Bruttosozialprodukt nach einer Untersuchung von Martínez/Díaz (1995: 64) in der Pinochet-Ära höher als in der Reformperiode von Frei und Allende: ein bemerkenswertes Faktum, vergegenwärtigt man sich, welch sozialem Druck die Regierungen Frei und Allende seitens der politischen und wirtschaftlichen Interessengruppen ausgesetzt waren – ein Begleitumstand, der für die Militärs entfiel. Zweitens sollte nicht vergessen werden, daß die Militärregierung längst nicht alle strukturellen Reformen der Allende-Zeit rückgängig machte. Dies gilt für den landwirtschaftlichen Bereich und insbesondere für die *Gran Minería*, deren Erlöse zu einer willkommenen Einnahmequelle wurden, auf die die Regierung auf keinen Fall hätte verzichten wollen (können). Obwohl es drittens zu einer bemerkenswerten Deregulierung der Preise schon bald nach dem Putsch kam, behielt doch der Staat ein enormes strategisches Gewicht in der Volkswirtschaft, das in der zentralen Festlegung des Wechselkurses, des Zinsfußes, der öffentlichen Tarife und einiger Preise (vor allem im landwirtschaftlichen Bereich) zum Ausdruck kam. Hinzu kamen die direkte Kontrolle der Mindestlöhne und die staatlichen Beschäftigungsprogramme.

All diese Einzelphänomene deuten darauf hin, daß die Rolle des Staates in der Wirtschaft – vor allem in den 80er Jahren – eine widersprüchliche war, die man als das Paradoxon eines „neoliberalen Interventionismus“ bezeichnen könnte. Ganz im Gegensatz zu den Chicagoer Lehrbüchern und dem zelebrierten „Subsidiaritätsstaat“ erforderte die Realisierung des neoliberalen Projektes einen äußerst aktiven Part des Staates. Was sich im Vergleich zum vorherigen Entwicklungsmodell geändert hatte, war der Charakter der Eingriffe. Hatte sich der Staat bis 1973 explizit als Korrektiv zu den vom Markt verursachten sozialen Ungleichheiten verstanden, lag seine gesellschaftliche Funktion in den 80er Jahren in der mühsamen und pragmatischen Geburtshilfe der Marktbeziehungen.

gen: Erstens durch seine politische Repression, zweitens durch die Schaffung von institutionellen Bedingungen, im Rahmen derer das Politische immer mehr zugunsten des Ökonomischen zurückgedrängt wurde, und drittens in seiner Eigenschaft als „Krisenmanager“, wenn es darum ging, die dramatischen Auswirkungen eines falsch verstandenen „Liberalismus“ auszubügeln.

2. Die Akteure

Welche waren nun die entscheidenden Akteure bei der strukturellen Transformation, die die chilenische Gesellschaft in so kurzer Zeit erfuhr? Die politische Wende war das Werk oppositioneller Militärs, die eine äußerst heterogene soziale Bewegung gegen die gewählte Regierung Allende anführten, das traditionelle demokratische System in eine Ein-Mann Herrschaft verwandelten und über konstitutionelle Veränderungen das politische System Chiles bis über den heutigen Tag hinaus zu beeinflussen in der Lage waren. Tragende Säulen der neuen Machthaber waren neben dem traditionellen Unternehmertum neue Unternehmerschichten und eine technokratische Elite.

2.1 Die Unternehmer und ihre *gremios*

Das chilenische Unternehmertum spielte eine entscheidende Rolle bei der Destabilisierung und letztendlichen Absetzung der Allende-Administration. Man kann sagen, daß es sich im Laufe dieses Prozesses von einer rein objektiven in eine kollektiv handelnde, soziale Klasse verwandelt hat: Korporative Interessen gemäß der Branchenzugehörigkeit oder der Betriebsgröße begannen in dem Maße in den Hintergrund zu treten, wie das Privateigentum an den Produktionsmitteln als Grundpfeiler der Wirtschaft als solches in Frage gestellt wurde. Die Unidad Popular (UP) hatte sich insbesondere zweier Methoden bedient, um die *área privada* zurückzudrängen – des Kaufs von Aktienpaketen und der Intervention in „unrentable“ Unternehmen. Kurioserweise nahmen die Auseinandersetzungen zwischen den kleineren und mittleren Unternehmen und der Regierung einen viel radikaleren Charakter an als die zwischen den großen Unternehmen und der Regierung. Denn während letztere sich, der Logik des Marktes folgend, in Verhandlungen mit dem Wirtschaftsministerium begaben und mitunter ordentliche Preise für ihre Aktienpakete erzielten, war die Zukunft der kleineren und mittleren Betriebe ausgesprochen unklar. Zwar sollten sich die Verstaatlichungen laut Regierungsprogramm zunächst nur gegen die „Monopolisten“, also die großen Betriebe richten, jedoch war die Basis der UP und der Gewerkschaften gerade auch in den kleineren Unternehmungen stark vertreten und sorgte immer häufiger für Betriebsbesetzungen, die nichts anderes als die Übernahme des Unternehmens durch die Regierung provozieren sollten. Besonders militant waren die Auseinandersetzungen im landwirtschaftlichen

Sektor, wo es allein 1971 zu illegalen Besetzungen von rund 500 Höfen kam – die *tomas*. Dies brachte die sozialistische Regierung in einen Konflikt zwischen der einerseits immer wieder bekundeten Treue zu Recht und Gesetz und der auf der anderen Seite bestehenden Solidarität mit der Bewegung der *campesinos*. Wie mir Jacques Chonchol, Landwirtschaftsminister der UP der Jahre 1970–72, in einem Interview erklärte, war es allerdings für die sozialistische Regierung „außerhalb aller Diskussion“, mit den Mitteln der staatlichen Repression gegen die Bauern und damit die eigene Basis vorzugehen. Statt also eine Allianz mit der alten Mittelklasse einzugehen, wie es die kritische Theorie der 60er und 70er Jahre nahegelegt hätte, überwarf man sich mit dieser sozialen Klasse und trug auf diese Weise zum Schulterschluß zwischen Kleinbürgertum und Großkapital bei – und damit zur Schaffung eines überaus mächtigen oppositionellen Blocks.

Nach der Affäre um die Privatisierungsversuche der *Compañía Manufacturera de Papeles y Cartones* (1971), deren Besitzer Allendes rechter Gegenspieler Jorge Alessandri war, ging die Unternehmerschaft als ganze dazu über, mit einer Sprache zu sprechen und die Aktionen der verschiedenen Unternehmerorganisationen – die *gremios* – gegen die Regierung zu koordinieren. Unter diesen Protestaktionen kam den sogenannten *paros patronales* vom Oktober 1972 und August 1973 eine herausgehobene Bedeutung zu, in deren Verlauf die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und damit das gesellschaftliche Klima überhaupt nachhaltig beeinträchtigt und dem Putsch der Boden bereitet wurde.

Nun läßt sich zwar aus diesen historischen Vorfällen die Unterstützung der Militärregierung durch die *gremios* begreifen, ein Rückschluß auf die Gründe für die Übernahme des von Pinochet angetriebenen neoliberalen Projekts ist aus der Geschichte der Opposition gegen Allende jedoch nicht möglich. Vielmehr hat Campero (1984: 290) überzeugend argumentiert, daß sich die weitgehende Homogenität der Opposition im allgemeinen und der verschiedenen Fraktionen der Unternehmerschaft im besonderen ausschließlich der gemeinsamen Feindschaft *gegen* den Kurs der UP verdankte. Ein gemeinsames Projekt *für* eine bestimmte Entwicklungsrichtung lag jedoch nicht vor.

Ganz im Gegenteil, beim Versuch ein gemeinsames gesellschaftliches Projekt zu formulieren, wären die alten Gegensätze innerhalb der Unternehmerschaft wieder aufgebrochen. Und so unterscheidet Campero reformfreundliche Unternehmerfraktionen von solchen, die so schnell wie möglich wieder in die alte, vom Staat abgesicherte, ökonomische Ordnung zurückwollten. Auch hinsichtlich des Verhältnisses der Unternehmer zur neuen Regierung fanden sich klar voneinander unterscheidbare Positionen. Campero (ebd.) zitiert auf der einen Seite den Führer der *gremios* der kleineren und mittleren Firmen, León Vilarín, dessen Vorstellungen, kundgetan auf dem *Congreso Multigremial* im Dezember 1973, klar in Richtung einer Beibehaltung des *gremialismo* als einer unabhängigen Bewegung gingen; auf der anderen Seite die Position des Großkapitals, ausgedrückt durch den Präsidenten der *Confederación de la*

Producción y del Comercio, Jorge Fontaine, dessen Ausführungen der Bildung einer eigenständigen Unternehmerbewegung oder -partei entgegenstanden und der die Rolle der Unternehmer auf die unmittelbare Ökonomie reduziert sehen wollte:

„Auf daß die Nation ihre moralischen Werte zurückgewinnt, hat der Gremialismus eine nationale Aufgabe in bezug auf die Entwicklung und die soziale Gerechtigkeit zu erfüllen. In diesem Zusammenhang wäre es ein schwerwiegender Fehler, sich in eine politische Partei zu verwandeln oder irgendeine gegen die Parteien gerichtete Alternative. Wir sind Männer der Arbeit, und was uns interessiert, ist die Produktion!“

Was den zukünftigen Kurs der Wirtschaftspolitik betrifft, gab es in der Zeit nach dem Putsch keinerlei Konsens, weder innerhalb der *gremios*, noch in der Regierung selbst. Moulián/Vergara (1979) haben gezeigt, daß sich bis zu diesem Zeitpunkt nicht einmal innerhalb der Militärs eine Entscheidung zwischen den konkurrierenden Gruppen abzuzeichnen begann. Der Konsens blieb somit zunächst begrenzt auf eine Agenda allgemeiner Prinzipien: Privateigentum an Produktionsmitteln, freie Konkurrenz, Öffnung der Ökonomie nach außen und einen Katalog von Dringlichkeitsmaßnahmen zu ihrer Durchsetzung: Abwertung der Währung, Liberalisierung der Preise, Entschädigungen zuvor enteigneter ausländischer Konzerne, Kürzung des öffentlichen Etats, Rückgabe der enteigneten und intervenierten Firmen etc.. Von einem Konsens in bezug auf die einzuschlagene ökonomische Strategie konnte jedoch nicht die Rede sein.

2.2 Die zivile Technokratie: die *Chicago Boys*

Die Koinzidenz zweier Faktoren, eine starke reaktionäre Bewegung einerseits bei gleichzeitigem Fehlen eines eigenen konsensfähigen Entwicklungsprojekts andererseits, führte geradewegs in die Machtkonzentration nicht nur bei den Militärs, sondern auch bei einer formal von den verschiedenen Unternehmerfraktionen unabhängigen Schicht von Technokraten. Schnell ergab sich eine Koalition zwischen Pinochet und den inzwischen berühmt-berüchtigten *Chicago Boys*, die nunmehr den Kern der Diktatur bildete – jetzt nicht mehr lediglich reaktiv, sondern als Motor einer kapitalistischen Revolution. Die auf äußerster Loyalität und gegenseitigem Vertrauen beruhende Beziehung zwischen den *Chicago Boys* und Pinochet ist beispielhaft dargestellt in Osorio/Cabezas 1995. Schon der Titel dieser Untersuchung *Los Hijos de Pinochet* deutet darauf hin, daß Pinochet seinen jungen Ökonomen ein geradezu väterliches Vertrauen entgegenbrachte und sie unter seinem quasi allmächtigen Schutz an ihr transformatorisches Werk gehen ließ.

Valdés (1989), der eine umfassende Studie über diese technokratische Schicht vorgelegt hat, konstatiert, daß die Militärs zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme keinerlei konkrete Vorstellung von der zukünftigen Verfassung von Wirtschaft und Gesellschaft hatten. Dieses Defizit zeigte sich gerade auch im

ökonomischen Feld, das zunächst von der Marine übernommen worden war. Aus Mangel an eigener wirtschaftspolitischer Erfahrung handelte man zunächst, wie es der eigenen Herkunft aus den Mittel- und Oberklasse und den entsprechenden konservativen Traditionen entsprach: Man nahm Kontakt mit verschiedenen oppositionellen, zumeist christdemokratischen Ökonomen auf – mit dem Ex-Minister aus der Frei-Ära Sergio Molina, mit Raul Sáez sowie mit dem Ex-Präsidenten der Zentralbank Carlos Massad. Gerade das Bauen auf Sáez, der lange Jahre leitende Positionen in der CEPAL eingenommen hatte und alles andere als ein Anhänger des Neoliberalismus war, zeigt, daß der Einfluß der Chicagoer Ökonomen keineswegs von Anfang an so stark war, wie es im nachhinein erscheinen mag.

Die zunächst durchgeführte Wirtschaftspolitik wies folgerichtig eher pragmatische Züge auf und lief auf eine Strategie der Restauration der ökonomischen Verhältnisse hinaus, die zu Zeiten der UP aus dem Gleichgewicht geraten waren. Die nunmehr für die Volkswirtschaft verantwortlichen Generäle der Marine begriffen ihre Funktion weniger als eine dauerhafte als die einer kurzen Zwischenetappe zwischen zwei zivilen und konstitutionellen Administrationen, während der eine repressive Befriedung der aufgebrochenen Widersprüche, aber auch eine Rückführung der Macht an die Partei mit der höchsten parlamentarischen Repräsentanz – die Christdemokraten – umzusetzen sei. Außerdem sah man sich in der Rolle des Vermittlers zwischen den *gremios* der großen und kleinen Unternehmer. Die Übergabe des Präsidentenstuhls an die Christdemokraten hätte sogar der damals geltenden Verfassung entsprochen: Da der konstitutionelle Präsident tot war und sein Kanzler bzw. seine Minister entweder im Ausland oder aus sonstigen repressiven Gründen „verhindert“, wäre die Thronfolge an dem Präsidenten des Senats gegangen, der zum Zeitpunkt des Putschs durch den christdemokratischen Ex-Präsidenten Eduardo Frei Montalva verkörpert wurde. Die Hoffnung, daß dieser Fall eintreten würde, erklärt zu einem Gutteil die anfängliche Unterstützung des Militärregimes durch die Christdemokraten.

Aber derlei Aspirationen brachen sich mit der Logik der Zentralisation der Macht beim Vorsitzenden der Junta. Dessen Intentionen blieben nicht auf eine Normalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft reduziert, sondern gingen in Richtung einer qualitativ neuen ökonomischen und politischen Ordnung. Und genau hier lag der entscheidende strategische Vorteil des radikalen Projekts der neoliberalen Ökonomen gegenüber dem pragmatischen Kurs der restlichen Juntamitglieder, der mit ihnen assoziierten Ökonomen und der Christdemokraten. Dem Schlußschluß zwischen Pinochet und *Chicago Boys* war es dabei dienlich, daß jene Schicht nicht einer bestimmten Unternehmerfraktion entstammte und sich ihr Zusammenhalt und ihre ideologische Nähe eher meritokratischen denn sozialstrukturellen Prinzipien verdankte. Die Ursprünge der geistigen Gemeinsamkeit gehen auf die 50er Jahre zurück, als ein Postgraduierten-Austausch zwischen der Chicagoer Universität und der Universidad Católica de Chile initiiert worden war. In den 60er Jahren waren viele dieser

Ökonomen wieder zurück in Chile und bekleideten nun Professorenstellen in den Universitäten oder auch administrative Funktionen in der Regierung. Wieder andere traten in die wichtigsten Firmen ein.

Der „Korpsgeist“ dieser Absolventengeneration erklärt sich dadurch, daß sich die ökonomische Fakultät der Universität Chicago seit den 40er Jahren als eine Trutzburg gegen die Hegemonie der Keynes'schen Theorien begriff. Demgegenüber beanspruchte die Gruppe um Milton Friedman die „wahre“ ökonomische Wissenschaft zu vertreten, und damit meinte sie einen orthodoxen Liberalismus. Wie Valdés klar herausgearbeitet hat, wurden die gemeinsamen Kompendien zwischen der Chicagoer Universität und der Universidad Católica zu einem Zeitpunkt intensiviert, als die chilenische Rechte in einer tiefen Hegemoniekrise steckte. Erst diese strukturelle Schwäche verlieh der aus Chicago zurückgekommenen Gruppe jene Stärke, die sie benötigte, um ihre „revolutionären Ziele“ in die Tat umzusetzen. Der Niedergang des demokratischen Systems in der Zeit vor dem Putsch, die Absetzung der Parteien als Trägerinnen des politischen Willens, der Rechtfertigungsbedarf Pinochets, seine Alleinherrschaft über den kurzen Zeitraum, der für die „Befriedung“ der Gesellschaft ausgereicht hätte, hinaus auszudehnen: Erst das Zusammenkommen dieser Faktoren verschaffte der Chicagoer Schule die unverhoffte Gelegenheit, ihre im akademischen Nischendasein entwickelte Theorie am praktischen Beispiel Chile auszuprobieren.

Der Aufstieg der Chicago Boys zur vollständigen Hegemonie vollzog sich jedoch nur allmählich. Von einer wirklichen Machtübernahme der Neoliberalen kann eigentlich erst ab Ende 1975 die Rede sein, als der bisherige Minister der *Coordinación Económica* Raúl Sáez durch Jorge Cauas ersetzt wurde und damit eine harte anti-inflationäre Schockpolitik eingeleitet wurde. Nach Campero nahm der Widerstand der *gremios*, die mehrheitlich nach wie vor einem Wirtschaftsmix aus Markt- und Planelementen anhängen, erst im Gefolge der Krise von 1974/75 moderatere Züge an, als mit der wirtschaftlichen Destabilisierung auch Zweifel an der politischen Stabilität der Militärjunta aufkamen. Die Aussicht einer eskalierenden sozialen Auseinandersetzung, die am Ende die gerade erst geschlagenen Kräfte der UP zu neuem Leben hätte erwecken können, veranlaßte nun die Unternehmer zum Schulterschuß mit Pinochet. Erst jetzt konnte dieser praktisch alle wirtschaftspolitisch relevanten Posten seinen engsten Verbündeten – den neoliberalen Technokraten – übertragen.

Die Periode zwischen 1975 und 1982 markiert zweifellos den Höhepunkt der Herrschaft dieses neuen sozialen Akteurs über die polit-ökonomischen Geschicke Chiles. Einmal den Widerstand der „Protektionisten“ gebrochen, gingen die Chicago Boys nunmehr zur radikalen Öffnung der Wirtschaft nach außen über, wobei allerdings nur diejenigen Wirtschaftszweige favorisiert wurden, die komparative Kostenvorteile gegenüber der ausländischen Konkurrenz besaßen. Die Auswirkungen der Politik der ökonomischen „Reaktivierung“ nach 1975 ließen nicht auf sich warten und nahmen einen ausgesprochen selektiven Charakter an. Während viele auf den Binnenmarkt angewiesene Firmen in den

Bankrott gerieten, begann der Aufschwung des Agrarprodukte exportierenden Sektors. Ein noch wichtigerer Effekt der Politik der Liberalisierung der Kapitalmärkte war die Transformation von produktivem in finanzielles Kapital. Indem einerseits die kleineren *financieras* aus dem Boden schossen und andererseits alle Zugangsbeschränkungen zu ausländischen Krediten abgeschafft wurden, war auf den Trümmern der Staatswirtschaft der Boden für das Entstehen und das Wachstum der *grupos económicos-financieros* bereitet.

2.3 Die *Grupos Económicos*

In einem Artikel mit dem Titel „La Nouvelle Bourgeoisie“ schrieb Ricardo Lagos (1981), daß das „Neue“ der Phase des wirtschaftlichen Booms in den 70er Jahren nicht die Existenz großer ökonomischer Konglomerate war – diese hatte es in Chile immer schon gegeben –, sondern in der Spezifik ihrer wirtschaftlichen Basis lag. Und in der Tat, während sich die privilegierte Stellung der traditionell wirtschaftlich einflußreichen Gruppen ihrer produktiven Basis in Agrikultur, Industrie oder Bergbau verdankte, von welcher aus man erst im Finanzsektor aktiv wurde, war es bei den neuen *grupos* umgekehrt: „Ihr Einfluß entspringt nicht der Kontrolle einer güterproduzierenden Firma, sondern ihren Aktivitäten auf dem Finanzmarkt.“ Diese wiederum bildeten die Basis für die Aquisitionen weiterer Firmen, unter anderem im produktiven Sektor. Die *grupos* erzielten insbesondere in den 70er Jahren spektakuläre Wachstumsraten, die nicht allein auf größere „Effizienz“ und „Marktgeschick“ der *gremios* zurückzuführen sind.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die gewissermaßen „sichtbare Hand“ des Staates, der die *grupos* gemäß seiner Doktrin, die Wirtschaft von der Politik zu „befreien“, als kollektiven Akteur erst geschaffen hatte. Die Rede vom neuen Akteur ohne *raíz histórica* (Lagos) trifft den Kern des Phänomens insofern, als nicht, wie so oft, eine politisch-technokratische Schicht die Interessen einer alteingesessenen wirtschaftlichen Elite vertrat, sondern umgekehrt: Eine technokratische Fraktion des „hegemonialen Blocks“ produzierte erst die Bedingungen für das Entstehen einer neuen Unternehmerspezies. Der Weg dahin war recht einfach. Man übergab die unter Allende verstaatlichten Banken an den Privatsektor und sorgte damit für das Entstehen der *financieras*, die so etwas wie den Embryonalzustand der *grupos* verkörperten. Letztere akkumulierten dann ihr spekulatives Kapital in dem Maße, wie die Wirtschaft nach außen geöffnet wurde und sich der Zugang zu externen Krediten erleichterte. In den 80er Jahren war es vor allem die Schaffung der *Administradoras de Fondos de Pensiones* (AFP), die zu idealen Anlageformen von Kapital wurden und – mit dem Geld der Versicherten – zur Akkumulation der *Administradoras de Fondos de Pensiones grupos* beitrugen, die ihrerseits bald begannen, diese Institutionen zu kontrollieren.

Hervorzuheben ist schließlich der hohe Verflechtungsgrad zwischen der staatlichen Technokratie und der neuen wirtschaftlichen Elite. Oftmals waren es

dieselben Personen, die führende Posten in der Regierung und zugleich strategische Positionen in den wichtigsten Unternehmen inne hatten. Die Schaffung eines neuen Unternehmertypus war bitter nötig, denn der Reproduktionsmodus des traditionellen Unternehmertums bestand hauptsächlich darin, durch Verhandlungen mit dem Staat günstige Verwertungsbedingungen für den internen Markt zu erzielen. Derlei soziales Kapital hatte aber in der nunmehr nach außen geöffneten Wirtschaft an Relevanz verloren. An die Spitze der Unternehmen gehörten daher neue Führungskräfte.

2.3 Die Krise von 1982/83 und der Übergang zur Demokratie

Das Transformation Chiles war bis etwa 1980 weitgehend abgeschlossen und ruhte auf drei Säulen: General Pinochet vereinigte auf sich quasi die totale politische Macht; dieser Allmacht und der Konzeptionslosigkeit bzw. der Spaltung des traditionellen Unternehmertums verdankte sich die relative Leichtigkeit, mit der die neoliberalen Ökonomen ihre Prinzipien durchsetzen konnten; und schließlich waren es die von letzteren erzeugten strukturellen Bedingungen, unter denen sich die *grupos económicos* zur marktbeherrschenden Instanz aufschwingen konnten. Gegenüber dieser Troika verkümmerten die traditionellen korporativen Organisationen des Unternehmertums zu Vollzugsgehilfen der Macht, und dies sollte sich erst im Zuge der Krise von 1982/83 ändern.

Während dieser Krise brach das von den Chicago Boys und den *grupos* konstruierte Finanzkonstrukt zusammen. Angesichts der Verteuerung der externen Kredite und dem entsprechenden Verlust an Marktanteilen der chilenischen Exporte überschuldeten sich viele Unternehmen, und sogar mächtige Konzerne schlitterten geradewegs in die Pleite. Die Aktivitäten der *grupos* wurden nun in dem Maße von den anderen Sektoren der Unternehmerschaft in Frage gestellt, wie sie sich selbst, infolge des Domino-Effektes der Bankrotte, der von den großen Unternehmen ausgegangen war und auf die Banken übergreifen hatte, bedroht sahen. Dabei ging die Initiative von den *gremios* der kleineren und mittleren Betriebe aus, die von anfänglicher Detailkritik am wirtschaftspolitischen Kurs zu aktiver Mobilisierung und offener Gegnerschaft der einseitig auf die *grupos* ausgerichteten Regierungslinie übergingen. Man forderte eine pragmatische und weniger marktorthodoxe Politik. Unterstützt wurde man von der *Confederación de la Producción y del Comercio*, der zentralen Organisation der großen Unternehmen und der langsam wiedererstarkenden politischen Opposition, die den Widerstand gegen das Regime immer wirkungsvoller zu organisieren verstand. Die spektakulärsten Aktionen waren die nationalen Protesttage, die ab dem 11.5.1983 einmal im Monat durchgeführt wurden.

Angesichts dieser Drei-Fronten-Herausforderung war das Regime gezwungen, seine internen Machtstrukturen zu modifizieren. Die neoliberalen Führer wurden reihenweise zum Rücktritt gezwungen. Als Zugeständnis an die *gremios* der Großunternehmer und als Reaktion auf die Protestaktionen wurde vor allem die Berufung von Sergio Onofre Jarpa zum Innenminister aufgenommen, einem

eher traditionell und korporatistisch ausgerichteten Politiker. Unter dem neuen Wirtschaftsminister Hernán Büchi ging man zwar nicht vom neoliberalen Kurs ab, dieser bekam jedoch deutlich pragmatischere Züge, was sich insbesondere in der reaktivierten Rolle des Staates ausdrückte. Dieser übernahm nunmehr das Management der externen Schulden sowie mit der Übernahme diverser Banken die Kontrolle des nationalen Finanzsystems.

Nachdem jedoch der Druck der Proteste von 1983/84 abgeflaut war und die Verschuldungsprobleme durch die *acuerdos* mit den großen internationalen Kreditorganisationen unter Kontrolle gebracht worden waren, konnte Pinochet, der zuvor einen Teil seiner Kompetenzen auf Jarpa übertragen hatte, seine herrschende Position innerhalb der Regierungsequipe ebenso wiederherstellen wie die technokratisch-neoliberale Fraktion ihre dominierende Stellung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die intervenierten Banken und Unternehmen wurden erneut dem privaten Sektor übertragen, genauso übrigens wie einige seit jeher in Staatsbesitz befindliche Firmen. Mit der Reduzierung der Auslandsschuld und der erneuten Privatisierungswelle entstand nicht nur eine neue Struktur der chilenischen Wirtschaft, sondern es wurde auch eine bis heute anhaltende Wachstumsphase eingeleitet. Damit wurden die kapitalistischen Strukturen der Wirtschaft vertieft und auf lange Sicht abgesichert, und im gleichen Maße wie das erneuerte, pragmatischere neoliberale Modell Fuß zu fassen begann, ging der Einfluß des Korporatismus auf das Regierungshandeln wieder zurück. Deshalb markiert die Krise von 1982/83 nur eine Schwächeperiode der in den 70er Jahren entstandenen Elite aus Diktator, neoliberaler Technokratie und *grupos*. Sie ist eher als Episode zu begreifen, in der diese Allianz vorübergehend Zugeständnisse an die klassischen Unternehmerverbände und andere Interessengruppen zu machen gezwungen war. Dann aber, nach überstandener Hegemoniekrise, ging man daran, noch tiefgreifendere Strukturmaßnahmen in Richtung einer Gesellschaft des Marktes durchzusetzen; oder in der Feldherrenterminologie von Pinochet selbst: „Es handelte sich lediglich um ein Bauernopfer, um Kräfte zu sammeln.“ (zitiert nach Martínez/Díaz 1995: 97)

Auch wenn es der Opposition in ihren Protestaktionen der Krisenzeit nicht gelungen war, Pinochet direkt abzusetzen, so wurde durch diese Aktionen doch der politische Raum für eine gemeinsame Strategie zur Absetzung Pinochets auf dem von ihm selbst vorgesehenen konstitutionellen Wege eröffnet: In Vorbereitung des Plebiszits von 1988 gelang nicht nur der Schulterschuß der Opposition für eine Kampagne gegen eine weitere Amtszeit Pinochets, sondern auch die Einigung auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten bei der Wahl danach. Auch die Unternehmerverbände warteten mit neuer Eigenständigkeit auf, indem sie sich nicht wieder auf dieselbe willfährige Rolle gegenüber der Militärregierung wie vor der Krise reduzieren ließen, sondern einen Dialog mit den großen Gewerkschaftsverbänden wie auch mit einzelnen Parteien der Opposition begannen. Und sogar die klassische parlamentarische Rechte tat kund, daß sie die Regierung fortan aus einer Position der Eigenständigkeit und kritischen Distanz zu unterstützen gedenke.

3. Eine revolutionäre Epoche

Bekanntermaßen verlor Pinochet das Plebiszit vom Oktober 1988 gegen eine nunmehr vereinigte Opposition, die geschlossen dazu aufgerufen hatte, mit *NO* zu stimmen. Die politische Niederlage beim Plebiszit mag für Pinochet empfindlich gewesen sein, sein „Unternehmen“ jedoch, das in der kapitalistischen Transformation der chilenischen Gesellschaft bestand, war bereits weitgehend abgeschlossen und so konnte er sich mit seinen Truppen beruhigt in die Kasernen zurückziehen. Ähnlich verhielt es sich mit der zweiten tragenden Säule des Regiments, den Chicago Boys, die an die Spitze der einflußreichsten *grupos económicos* und nur im Ausnahmefall ins Privatleben zurückkehrten. Und was schließlich die alten Unternehmerorganisationen betrifft, so hatten sie während der letzten Jahre der Diktatur wieder gelernt, für sich selbst zu sprechen. Der Gesprächs- und Verhandlungswille der Unternehmer mit den Parteien der Rechten, den Gewerkschaften und den in der *Concertación* versammelten Parteien hat eine nicht unwichtige Rolle beim friedlichen Übergang zu demokratischen Verhältnissen gespielt.

Der wesentliche Effekt der turbulenten polit-ökonomischen Entwicklung zwischen 1964 und 1990 bestand in dem Übergang von einem staatlich geschützten und binnenmarktgestützten zu einem offenen und weltmarktorientierten kapitalistischen Regulationsmodus. In diesem Zusammenhang wird von nahezu allen Beobachtern und beteiligten sozialen Akteuren die These einer vollständigen Zäsur vertreten, nach der sich die jüngere Geschichte Chiles in ein „vor“ und „nach“ 1973 einteile. Aus heutiger Sicht deutet allerdings vieles darauf hin, daß diese These relativiert und die Kontinuität einer ganzen revolutionären Epoche in den Vordergrund gerückt werden muß.

Ich will nicht behaupten, es habe sich bei dieser kapitalistischen Transformation sozusagen um das „gemeinsame Werk“ dreier aufeinanderfolgender Administrationen gehandelt. Im Gegenteil, die drei Regierungen gaben vor, sich „unversöhnlich“ gegenüberzustehen, und Pinochets „Unternehmen“ verstand sich gerade als die Umkehrung dessen, was Frei und Allende erreicht hatten. Die letzte und vorerst definitive Wendung der strukturellen Veränderungen ging zwar von der Militärregierung und ihren technokratischen Alliierten aus, ihre „Modernisierungen“ aber knüpften zum Teil direkt an die vorhergehenden Transformationen an und hätten sich vermutlich ohne jene nicht in dieser Radikalität durchsetzen lassen. Ich will dies anhand der drei Hauptdimensionen der Reformpolitik verdeutlichen: Verstaatlichung versus Privatisierungspolitik, *Chilenización* des Kupfers und Agrarreform (siehe auch ausführlicher Koch 1998a und b).

Hätte die Unidad Popular nicht gegen den erbitterten Widerstand der chilenischen Unternehmer einen bedeutenden Anteil der Firmen verstaatlicht, wäre es vermutlich nicht zu dem hohen Grad an Kapitalkonzentration gekommen, der den chilenischen Kapitalismus seit den 80er Jahren kennzeichnet. Diese Verstaatlichungen ermöglichten erst die späteren Privatisierungen auf der Basis

einer massiven Kapitalentwertung und stellten so die Grundlage für die Herausbildung der *grupos económicos* dar – jenem neuen sozialen Akteur, der den „modernen“ chilenischen Kapitalismus so herausragend symbolisiert. Hätten Frei und Allende nicht die Kupferbergwerke nationalisiert, was der Militärregierung aufgrund ihrer freundschaftlichen Verbundenheit mit den USA und ihren transnationalen Konzernen nicht zuzutrauen war, so wäre in den 80er Jahren eine lebenswichtige Einkommensquelle für den Staat ausgefallen. Die Krise von 1982/83 hätte sich wahrscheinlich so zugespitzt, daß die Erholung des Finanzsektors und mit ihm der gesamten chilenischen Wirtschaft in weite Ferne gerückt wäre. Wenn es schließlich vor dem Putsch nicht zu einer derart umfassenden Landreform gekommen wäre, hätte sich auch nicht, so darf spekuliert werden, eine derart effektive landwirtschaftliche Produktions- und Besitzstruktur herausbilden können, wie sie den heutigen chilenischen Agrarexport-Sektor kennzeichnet. Die Konzentration von Grund und Boden in der Hand der Staates war gleichbedeutend mit der Zerschlagung der großflächigen *haciendas* und zugleich der notwendige Ausgangspunkt für die spätere Neuverteilung der Landes.

Natürlich war die letztendliche Stoßrichtung der Neoliberalen die entgegengesetzte: Kapitalisierung von Grund und Boden, Liberalisierung des Finanzsystems, Schaffung eines Kapitalmarktes, Außenöffnung der Wirtschaft etc. Es sei aber unterstrichen, daß die Realisierung ihres Projekts durch die Radikalität der unmittelbar zuvor realisierten Strukturmaßnahmen in hohem Maße erleichtert worden ist, denn diese mußten „lediglich“ mittels des starken Staates in die neoliberale Bahn umgelenkt werden. In dieser eigentümlichen geschichtlichen Konstellation einer aufgrund der Politik von Frei und Allende weitgehend exproprierten und in der Hand des Staates konzentrierten Wirtschaft und der Machtergreifung einer ohne Rücksicht auf soziale Folgekosten zum neoliberalen Umbau entschlossenen autoritären Regierungsequipe liegt ein historischer Sonderfall der Entwicklung Chiles, wenn man den Abschied Lateinamerikas von der importsubstituierenden Industrialisierung und das Einschwenken auf neoliberale Konzepte in komparativer Forschungsperspektive verfolgt – und wohl auch ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis des chilenischen „Erfolgs“.

Abstracts

This paper deals with the collective agents in the transformation of Chilean capitalism. Special attention is paid to the social circumstances that have led to a coalition of power particular to Chile when comparatively analyzing the end of Industrial Import Substitution and the shift to neoliberal concepts. This coalition consisted of the military government, the old and new Bourgeoisie and a technocratic elite. First, the economic and political development of Chile is analyzed. The second part deals with the roles played by the collective agents in this transformation process. In conclusion, the common view on recent Chilean history as being divided into "ante" and "post" 1973 developments is called into

question. The notion of a continuous process of revolutionary structural change is stressed instead.

Dieser Beitrag behandelt die Rolle, die die kollektiven Akteure während der Transformation des chilenischen Kapitalismus gespielt haben. Besondere Aufmerksamkeit wird den sozialen Begleitumständen geschenkt, die zu einer im lateinamerikanischen Vergleich einzigartigen Koalition der Macht geführt haben. Diese bestand aus der Militärjunta, alten und neuen Unternehmerschichten und der technokratischen Elite. Zunächst wird die polit-ökonomische Entwicklung des Landes vor und nach 1973 behandelt, um danach die für diese Transformationsperiode relevanten kollektiven Akteure in den Blick zu nehmen. Beide Untersuchungsstränge lassen Zweifel an der von den meisten Beobachtern geteilten These einer radikalen Zäsur im Jahre 1973 aufkommen. Statt dessen rückt die Kontinuität einer ganzen „revolutionären Epoche“ in den Vordergrund.

Literatur

- Campero, G. 1984. El tema de la democracia en los organizaciones empresariales y los sindicatos de trabajadores. In: *Opciones*, Sonderheft, Santiago de Chile.
- Díaz, A. 1989. Reestructuración industrial autoritaria en Chile. In: *SUR*, proposiciones 17, Santiago de Chile.
- Garreton, M. A. 1993. *La crisis de la democracia, el golpe militar y el proyecto contra-revolucionario*. FLACSO, Documento de Trabajo, Serie Estudios Políticos Nr. 30, Santiago de Chile.
- Koch, M. 1997. Neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik in Chile. In: *Zeitschrift für Sozialreform*, Vol. 43, Nr. 7, 563–583.
- Koch, M. 1998a. Unternehmen Transformation. Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in Chile. Frankfurt a.M.: Vervuert-Verlag.
- Koch, M. 1998b. Die Kehrseite der „Modernisierung“. Sozialstruktureller Wandel in Chile. In: *asien, afrika, lateinamerika*, Vol. 26, 195–223.
- Lagos, R. 1981. La Nouvelle Bourgeoisie, In: *Amérique Latine*, Nr. 6, Paris.
- Martínez, J., A. Díaz, A. 1995. Chile. La gran transformación. In: *SUR*, Documento de Trabajo, Nr. 148, Santiago de Chile.
- Moulián, T., P. Vergara. 1979. *Estado, ideología y políticas económicas en Chile, 1973–1978*. Santiago de Chile: CIEPLAN.
- Osorio, V., I. Cabezas. 1995. *Los hijos de Pinochet*. Santiago de Chile.
- Sunkel, O. Hg. 1996. *Sustentabilidad ambiental del crecimiento económico*. Santiago de Chile.
- Valdés, J. G. 1989. *La escuela de Chicago: operación Chile*. Buenos Aires.

Max Koch, Freie Universität Berlin, Institut für Soziologie,
Babelsberger Straße 14–16, D-10715 Berlin

Journal für Entwicklungspolitik XV/1, 1999, S. 81–88

Rezensionen

Hammerschmied, Gerhard J. 1998. „Milde Gabe“. Bruchstücke einer Philosophie der Spender. Wien: Passagen, 202 Seiten.

Als eine Art Beitrag zur Verschuldungsdebatte unter anderen Vorzeichen kann Gerhard J. Hammerschmieds „Milde Gabe“ verstanden werden, in der Schuld nicht nur als ökonomisches, sondern auch als philosophisches, theologisches und moralisches Problem betrachtet wird. Die Gabe unterliegt, so Hammerschmied, einem double-bind, und so findet sich die „milde Gabe“ bald in der Verschuldung aufgehoben. Dies aber leistet jenem Verständnis von „Geschenk“ Vorschub, das dieses nicht nur als positiven Ausdruck von Wertschätzung konzipiert, sondern stets auch das im Geschenk angelegte Gift, wie dies im englischen „gift“ deutlich wird, ortet. So enttäuscht der Text die durch den Klappentext geweckte Erwartung, da dort ein „Vademecum für Reisende auf der Suche nach der reinen Gabe“ versprochen wird, sich aber herausstellt, daß die Gabe eben über keinen reinen, wahren Kern verfügt (170). Als Gabe im engeren Sinn, als „reine Gabe“ im Sinne Derridas, versteht Hammerschmied ausschließlich jene, die nicht auf Reziprozität baut (94), die gar nicht erst vom Empfänger bemerkt wird (27). Alles andere sei Tausch, vom Ökonomischen kontaminiert. Der Spendenskeptiker Hammerschmied formuliert: „So betrachtet ist die Spende [...] immer milde Gabe, Almosen mit allen berechtigten Bedenken behaftet, das Unrecht stabilisierendes Element einer Institution, Erfüllung einer Pflicht [...], sie hat keinen reinen, wahren Kern, der magnetisch je nach Kontext der verschiedensten Motive, Rechtfertigungen, moralischer Verpflichtungen seine jeweiligen Interpretationsstrukturen um sich kreisen läßt.“ (170) Die Nicht-Existenz eines solchen „reinen, wahren Kerns“ gilt wohl auch für die Partnerbeziehungen in der Entwicklungszusammenarbeit an sich. Insofern rührt Hammerschmied durchaus an grundlegenden Fragen der Selbstverortung entwicklungspolitischer Einrichtungen und rückt diese in ein ambivalentes Licht, denn es fragt sich: „Wie also geben, wenn die Gabe konstitutiv unrein ist?“ (168)

Akut werden diese Verdachtsmomente der Gabe gegenüber am jüngsten Werbeslogan des Caritas: Aus der Formulierung „Meine Spende lebt“ schließt er, daß es auch eine tote Spende geben kann und meint, nicht ganz ohne Zynismus: „Die lebende Spende jedoch ist rein und bleibt unangetastet von allen Widersprüchen des Waltens der Gewalt, von aller Philopolemologie, von der Derrida in seinen ‚Politiques de l'amitié‘ spricht, von allen Kriegen, vom Klassenkampf und dessen Ursachen. [...] Sie ist ein Sakrament, reine Ökonomie. In diesem Sinne ist sie vielleicht die radikale Gottesferne.“ (186) Hammerschmieds

Wahrnehmung bezeugt abermals jenes Bild von Entwicklungszusammenarbeit, das auch in einer interessierten Öffentlichkeit weiterhin dominiert, nämlich jenes der Katastrophenhilfe. Demensprechend bezeichnet er entwicklungspolitische Aufklärungsarbeit dieses „Erschütterungsgewerbes“ (137) als „notgedrungen apokalyptisch“ (140).

Das Buch stellt einen nicht uninteressanten Versuch dar, Derridas Denken auf einen entwicklungspolitisch relevanten Bereich, auf die „Spende“, zu applizieren. Diese stellt zwar ein wesentliches Element in der öffentlichen Wahrnehmung von Entwicklungszusammenarbeit dar, kaum aber für die wissenschaftlichen Theoriedebatten der Entwicklungspolitik. Üblicherweise wird sie als Notwendigkeit akzeptiert und so werden bestenfalls Erhebungen zwecks Optimierung weiterer Spendenlukrierung unternommen, von Hammerschmied im übrigen als „Gespensterbeschwörung“ (80) bezeichnet.

Die entwicklungspolitischen Ausführungen im üblichen Sinn bilden keineswegs den Schwerpunkt des Buches und hinterlassen auch keinerlei Spuren in der Bibliographie. Der Autor, Lehrbeauftragter für Ontologie und Metaphysik an der Universität Klagenfurt, versteht seinen Text auch nicht als eine weitere sozialhistorische Studie, sondern will „die verstreuten Hinweise, die Derrida [...] über diese Unkenntnis des Offensichtlichen, der Alltäglichkeit und fernen Nachbarschaft des Elends gibt, auf[...]nehmen und sie im [...] Rahmen einiger Themen der Entwicklungspolitik [...] wiederholen“ (33).

Auf den Spuren der Spende und in der Nachfolge Derridas streift Hammerschmied Episoden aus dem Leben des Hl. Franziskus, dem als Gabe der „Schatz der Armut“ zuteil wird, ebenso wie Jacques Le Goffs Ausführungen über die Geburt des Fegefeuers. Die Almosen des Mittelalters sollten den im Fegefeuer Büßenden die Tür ins Himmelreich öffnen, und so fragt Hammerschmied, ob es eine Parallele zwischen dem Konzept des Fegefeuers und jenem der „Dritten Welt“ gibt, der durch ebensolche Almosen zu helfen wäre: „Ist unsere Spendenmentalität der legitime Rechtsnachfolger des Ablasshandels, der Loskauf (Alles ist möglich) von immer irdischeren Höllenqualen?“ (81)

Zuletzt sei angemerkt, daß Hammerschieds Buch keineswegs zu den leicht zugänglichen zählt, und ohne Einführung in das Denken Derridas, Heideggers, Lacans, Foucaults u.a.m. ist wenig von der „Milden Gabe“ zu profitieren. Ansonsten nämlich wird es schwerfallen, die bedauerlicherweise recht zahlreichen Tippfehler von derridaschen Neologismen zu unterscheiden. Auch fraktalisieren sich dann die letzten faßbaren „Bruchstücke einer Philosophie der Spender“ in die weithin gefürchteten, oft auch ironisierten, Derridaschen Wortgeschoße, von der „temporisation“ und der „temporalisation“ über die „destinerance“ bis zur „différance“ bzw. deren deutschsprachiger Entsprechungen.

Gerald Faschingeder

Christof Parnreiter, Andreas Novy, Karin Fischer. Hg. 1999. Globalisierung und Peripherie. Umstrukturierungen in Lateinamerika, Afrika und Asien. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel/Südwind.

Der 14. Band der Reihe Historische Sozialkunde befaßt sich mit der Kehrseite der liberalisierten Wirtschaft, die in den Begriffen Globalisierung, Fragmentierung und Peripherisierung ihren Ausdruck findet. Die Rolle von Geld, Macht und sozialer Ungleichheit erfährt dabei eine grundlegende Veränderung. Globalisierung ist allerdings ein Prozeß, der von Anfang an ein integraler Bestandteil der kapitalistischen Entwicklung war und vor mindestens 500 Jahren begann. Durch die Expansion des Kapitalismus wurden die räumliche und soziale Hierarchisierung geschaffen, die das „Zentrum-Peripherie-Modell“ zu erfassen versucht. In einem historischen Überblick über die Peripherie in der kapitalistischen Weltwirtschaft behandelt Joachim Becker die historischen und aktuellen Verflechtungen dieser beiden Bereiche mittels differenzierter Analysen. Die koloniale Geschichte, die neokoloniale Expansion sowie die unterschiedlichen Wege, die von den Peripherien dabei beschritten wurden, zeigen, daß eine politische und institutionelle Vereinheitlichung gerade an dieser Unterschiedlichkeit scheitert. Trotz der Krisen im kapitalistischen Norden, die Raum für soziale Bündnisse und Strategien in der Peripherie schaffen, fallen die wichtigen Entscheidungen bis heute in den Zentren. Hans-Heinrich Nolte teilt die wirtschaftshistorische Kritik an der Nachfolgetradition der Marxschen These von der Ausbeutung der Rohstoffe in der Peripherie als „Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära“, weist jedoch auf die Bedeutung der durch die Geldzuflüsse bewirkten hohen Liquidität von Zahlungsmitteln und der Verfügbarkeit von Edelmetall aus Lateinamerika bei der Entstehung des Industriekapitals hin. Weiters stellt er die Frage nach dem Zusammenhang zwischen europäischer Expansion und Durchsetzung der Moderne und charakterisiert den durch die Kolonisierung möglich gewordenen „Export“ von Aufrührern sowie die Vertreibung von Minderheiten als Voraussetzung für die beginnende Disziplinierung der Neuzeit.

Ausgehend von einem sich weltweit manifestierenden Strukturwandel in der Industrie beschreibt Tilman Altenburg die sich wandelnden technologisch-organisatorischen Muster von Industrieproduktion. Er beachtet dabei sowohl Chancen als auch unterschiedliche Ausgangsbedingungen und Dimensionen von Industrialisierung in Ländern des Südens, wobei dem besonderen Einfluß von neuen Technologien und Leitbildern sowie dem Aufkommen verschärften Wettbewerbs und neuer Produktionsmuster besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Vor- und Nachteile dieser Entwicklungen werden aus der Sicht des „Südens“ dargestellt und mit regionalen Beispielen belegt. Perspektiven für eine binnensorientierte Industrialisierung werden ebenso erwähnt wie die Notwendigkeit unterstützender Institutionen und soziokulturell verankerter Regel-

und Normensysteme zur Gestaltung eigener Strategien. Kunibert Raffer befaßt sich hingegen mit dem weltweiten „Schuldenmanagement“ der letzten Jahrzehnte. Er analysiert vorerst die strukturellen Wurzeln der Schuldenkrise und bespricht die besondere Bedeutung des Jahres 1982, das als Wendepunkt in den Beziehungen zwischen Nord und Süd bezeichnet werden kann. Die seit diesem Jahr von Gläubigerseite angewandten Strategien zur Bewältigung der Schuldenkrise haben die Schuldnerländer gezwungen, Autonomien aufzugeben und neoliberale Politikkonzepte in Form von „Strukturanpassung“ zu akzeptieren. Raffer zeigt in seiner Evaluierung Erfolge und Effizienz angewandeter Strategien auf, betont jedoch die dem Schuldenmanagement noch immer inhärente Idee einer globalen Kolonisierung. Karin Küblböck untermauert diese globalen Trends und Fakten zu Investitionen, Handel und Verschuldung mit umfangreichem Zahlenmaterial.

Mit sehr klaren Worten beschreibt Karin Fischer die geschichtlichen Wurzeln des Begriffs „Zivilgesellschaft“, seine historischen Veränderungen, den ideologischen Hintergrund und die vielschichtige Verflechtung der Zivilgesellschaft mit Markt und Nationalstaat. Die Autorin versteht es, Praxisfelder zivilgesellschaftlicher Akteure, ihre Chancen und Defizite in der sich permanent strukturell wandelnden Weltwirtschaft klar zu beschreiben. Gleichzeitig stellt sie Handlungsstrategien vor, die die Widersprüche von zivilgesellschaftlichen Strategien zu überwinden helfen.

Migration als Symbol globaler Integration ist der Ausgangspunkt für Christof Parnreiter, der am Beispiel Mexiko-USA zeigt, daß die durch die Globalisierung hervorgerufene ländliche Entwurzelung und die Nachfrage an Arbeitskräften aus den Empfängerländern die Triebkräfte für „freiwillige“ Migration darstellen. Historisch gewachsene soziale Netzwerke der MigrantInnen bestimmen die räumliche Verteilung sowohl im Sender- als auch im Empfängerland, Orte und Identitäten werden transnationalisiert. Staatsgrenzen erhalten dabei nur die weltweit unterschiedlichen sozialen Standards und sichern somit die Attraktivität der Migration.

Ingeborg Wick wirft in ihrem Beitrag einen Blick auf das Instrument der Freien Exportzonen (FEZ) zur Durchsetzung einer neoliberal ausgerichteten Wirtschaftspolitik. Sie versteht es, FEZ in einem internationalen systematischen Zusammenhang zu beschreiben und vor allem der Rolle von Frauen in FEZ gerecht zu werden. Ausgewählte Beschreibungen von bestehenden Arbeitsbedingungen belegen, daß sich FEZ – trotz Abbau von Arbeitslosigkeit, Wissenstransfer auf schlecht ausgebildete Arbeitskräfte sowie die Förderung der Wirtschaft vor Ort – in den meisten Ländern ohne nachhaltigen Erfolg integrieren lassen. Ein Scheitern von FEZ bringt eine weitere Auslagerung von Arbeit in noch informellere Sektoren der Wirtschaft mit sich. Gleichzeitig und abschließend verweist die Autorin auf die aus diesen extrem ausbeuterischen Arbeits- und Lebensbedingungen erwachsenden Widerstandsstrategien.

Nicht die ökonomischen Veränderungen, die mit „Globalisierung“ umschrieben werden, sondern das Reden darüber machen Andreas Novy und Christine

Mattl am Beispiel Brasilien zum Untersuchungsobjekt. Dem Diskurs über Globalisierung wohnt eine verschleierte Strategie inne, die Machtverhältnisse ausblendet und Ohnmacht produziert. Nur durch das Benennen von Akteuren, Macht und Kapital kann die dahinterliegende konstante Logik des kapitalistischen Verwertungsprozesses entlarvt werden.

Rasheed Akinyemi definiert Globalisierung ebenfalls als kapitalistisches Projekt, das Verlierer erzeugt, ganze Kontinente durch politische und wirtschaftliche Ausgrenzung peripherisiert und neue Feindbilder schafft. Fallbeispiele beleuchten die vielschichtige historisch gewachsene „afrikanische Misere“. Strukturelle Abhängigkeiten vom Norden mit Konsequenzen im sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bereich sowie Interventionen der sogenannten „Geberländer“ durch destabilisierende Strukturanpassungsprogramme werden grundsätzlich in Frage gestellt. Der Autor plädiert für einen eigenständigen Weg Afrikas durch „regionale Integration“, die menschliche Ressourcen als Potential anerkennt und Abhängigkeiten vom kapitalistisch orientierten Norden unnötig macht.

Ein zweites regionales Beispiel bringen Karl Husa und Helmut Wohlschlägl. Sie zeigen die einzelnen Schritte des Peripherielandes Thailand auf seinem Werdegang zum „asiatischen Wirtschaftswunder“ und erläutern Gründe und Erklärungsmodelle, wie finanzielle und ökonomische Turbulenzen sich zum wirtschaftlichen Absturz Thailands auswachsen konnten und somit den Beginn der Asienkrise 1997 setzten. Strategien und Anstrengungen zur Bewältigung der Krise sowie die dafür notwendigen politischen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen werden in einem gut nachvollziehbaren Ausblick der Autoren auf künftige Entwicklungen Thailands formuliert.

Johannes Jäger skizziert die wirtschaftliche Entwicklung Chiles, das in den zwanziger Jahren als Pionier des Wohlfahrtsstaates galt. Mitte der achtziger Jahre allerdings war die in der Zeit der Militärdiktatur durchgesetzte außenorientierte Wirtschaftsweise als global orientiertes Modell endgültig implementiert, und Chile wurde zum Pionier der Globalisierung. Die Folgen sind hohe Wachstumsraten, ungleiche Verteilung, ökologische Ausbeutung, Schwächung der Gewerkschaften und Reduktion der staatlichen Regulierungsfähigkeit. Die Chancen für Veränderungen innerhalb dieses Modells stehen denkbar schlecht.

Die Beiträge zeigen, daß der Diskurs, der Globalisierung als etwas radikal Neues beschreibt, stark relativiert werden muß. Globalisierung ist nichts anderes als die logische Fortführung der grundlegend expansiven Struktur des Kapitalismus, die danach strebt, immer neue geographische und soziale Räume in die Verwertungslogik zu integrieren, wobei frühkapitalistische Werte derzeit neuerlich bekräftigt werden.

Wie von den HerausgeberInnen eingangs erwähnt, richten sich die Beiträge an das interessierte Fachpublikum. Die Intention der Reihe, Themen knapp und anschaulich zu präsentieren, wurde teilweise erfüllt: Die Artikel sind zwar für geübte LeserInnen gut strukturiert und untermauern mit Fallbeispielen, Zahlen

und Illustrationen die vertretenen Thesen, das eher unvollständige und etwas übereilt zusammengestellt erscheinende Glossar läßt jedoch für „EinsteigerInnen“ in die Thematik zu wünschen übrig. Werden einige Begriffe ungenau erklärt, finden sich manche oft verwendete Fachwörter gar nicht in der Liste. Gleichzeitig würde man einige bekannt scheinende Begriffe nicht im Glossar vermuten und sie dort auch nicht suchen. Verweise im Text wären hilfreich. Die Verbesserung dieser Details hätte zur Folge, daß die vorliegende Sammlung qualitativ anspruchsvoller Artikel auch als guter Einstieg in die Problematik dienen könnte.

Die Literatur zu den Schlagworten „Globalisierung“ sowie „Peripherie“ ist in den neunziger Jahren enorm angewachsen. Deshalb orten wir einen weiteren Mangel in der Wahl des Titels, der zwar das Thema des Sammelbandes trifft, seine Besonderheiten jedoch leider verschweigt, denn fast jeder der thematisch breit gestreuten Beiträge stellt den globalen Kontext der Thesen klar dar, ohne jedoch auf ihre Bedeutung für regionale Entwicklungen zu vergessen. Vorgeschlagene Alternativen zum mainstream ermöglichen es den LeserInnen, den historischen Diskurs zu erfassen und zusätzliche Sichtweisen zu entwickeln.

Maria Dabringer und Michael Giongo

Koch, Max. 1998. Unternehmen Transformation. Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in Chile. Berliner Lateinamerika-Forschungen, Bd. 9. Frankfurt am Main: Vervuert, 174 Seiten.

Noch ein Buch zu Chile ... aber eines mit neuen Inhalten. Die Literatur die sich mit den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umbrüchen der letzten Jahrzehnte in Chile beschäftigt ist auch im deutschsprachigen Raum nicht unbedingt dünn gesät. Dies hat seine guten Gründe:

Einerseits wurde Chile von der europäischen Linken Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre besonders intensiv wahrgenommen, da es sich – so die Selbstsicht der Protagonisten – „auf dem friedlichen Weg zum Sozialismus“ befand. Andererseits wurde das selbe Chile nur kurze Zeit später mit der Militärdiktatur zum symbolisch bedeutenden Modell für eine neue Qualität wirtschaftlicher und sozialer Reformen, die von der Gegenseite alsbald als Neoliberalismus gebrandmarkt wurden. Es ging sogar soweit, daß bekannte Ökonomen, wie Milton Friedman oder August Hayek, die als wichtigste Vertreter der in Chile erstmals quasi im „Labor“ angewandten monetaristisch-neoliberalen Wirtschaftsdoktrinen gelten, das Land und den Diktator besuchten. Dort bestaunten sie die „Erfolge“ ihrer zu einem guten Teil umgesetzten Konzepte, stärkten damit gleichzeitig dem Terrorsystem den Rücken und propagierten das „Modell Chile“ weltweit als Vorbild. Auch die Linke und die Solidaritätsbewegung schenkten

dem Chile der Diktatur nach wie vor große Aufmerksamkeit und zeigten die fatalen sozialen Konsequenzen des neoliberalen Programms – wie sie auch im Buch von Max Koch nachzulesen sind – auf. Der Fall Chile war zu einem bedeutenden diskursiven Feld für die Auseinandersetzung um die Legitimierung/Delegitimierung neoliberaler Politiken geworden. In der letzten Zeit ist es zwar um Chile – mit der Ausnahme der Festnahme von Pinochet in London – etwas ruhiger geworden, denn Chile ist bereits 1998 als erstes Land Lateinamerikas tief in die Asienkrise geschlittert und daher auch als Vorzeigemodell nicht mehr besonders attraktiv. Auch von Seiten der Kritiker ist es mit dem partiellen Rückzug der Militärs und der Demokratisierung stiller geworden. Wie das Aufsehen um Pinochet jedoch zeigt, ist z.B. die Frage der Rolle der Militärs bei der Durchsetzung des neuen Wirtschaftsmodells nach wie vor wichtig. Denn hierbei handelt es sich um ein Makel, welches dem modernen, neoliberalen Chile anhaftet und damit zumindest zum Teil seine Legitimation untergräbt.

Der Text von Max Koch ist Teil dieser diskursiven Auseinandersetzung um Chile und darüber hinaus in mehrfacher Hinsicht bedeutsam: Erstens gelingt es dem Autor einen übersichtlichen und gut strukturierten Überblick über die letzten Jahrzehnte der Transformation der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur in Chile zu liefern, wobei hier oft die angegebenen Daten für sich selbst sprechen. Noch bedeutsamer und auch aus theoretischer Perspektive sehr interessant ist sein polit-ökonomischer Ansatz, bei dem sowohl die strukturellen Ursachen als auch die Rolle der politischen Subjekte als Erklärungsvariablen für den historischen Transformationsprozeß in Chile herangezogen werden. Theoretisch innovativ stützt er sich dabei unter anderem sowohl auf Marx und Bourdieu, als auch auf Konzepte der Regulationisten. Der in dieser Ausgabe des Journals für Entwicklungspolitik abgedruckte Artikel von Max Koch über die kollektiven Akteure im Prozeß der Erneuerung des chilenischen Kapitalismus gibt einen ersten Eindruck von seiner spezifischen Herangehensweise. Die Pointe des Buches liegt darin, anstelle der Zäsur vor und nach dem Putsch – wie dies in der Regel geschieht –, die Kontinuität einer „Epoche der Revolution“ zu betonen: „Wenn man so will, war die Radikalität des neoliberalen Projektes nur möglich, weil die vorigen ebenfalls ‚radikal‘ waren“ (144). Gleichzeitig wendet er aber in dialektischer Manier: „Damit soll nicht behauptet werden, daß es sich bei dieser Transformation sozusagen um das ‚gemeinsame Werk‘ dreier aufeinanderfolgender Regierungen gehandelt hätte“ (ebda.).

Die innovative polit-ökonomische Herangehensweise in Kombination mit dem relativ einfach überblickbaren wie paradigmatischen Beispiel der historischen Transformation Chiles machen dieses Buch nicht nur für Chile-Interessierte zu einer wertvollen Erkenntnisquelle. Die relative Kürze des Textes bedingt jedoch, daß nur bestimmte Teilbereiche detaillierter analysiert werden und man sich in manchen Feldern – speziell in Bezug auf die Rolle politischer Akteure und Projekte – mehr an konkreter Information wünschen würde. Als weiterer Kritikpunkt ist die – bei polit-ökonomischen Analysen sehr gängige – Konzentration auf die Ebene des Nationalstaates und die damit einhergehende

theoretische wie empirische Unterbelichtung durchaus relevanter polit-ökonomischer Veränderungsprozesse und Akteure auf internationaler Ebene anzumerken. Hier ist durchaus noch Forschungsbedarf gegeben. Dennoch ist dieses Buch für Chile-Kenner und für an polit-ökonomischen Prozessen Interessierte eine wichtige und gut lesbare Informationsquelle und damit ein Muß.

Johannes Jäger

Journal für Entwicklungspolitik XV/1, 1999, S. 89

Über Autoren und Autorinnen

Hesselbein, Gabi, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Sozialökonomin, ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Schwerpunkt Internationale Beziehungen an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg, Studium der Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg, der University of Dar Es Salaam, Tansania und der La Trobe University, Melbourne.

Koch, Max, Dr., Jahrgang 1966, ist Habilitationsstipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Soziologie. Nach seiner Promotion (1994) führte er in Zusammenarbeit mit *Programa de Economía del Trabajo* ein Forschungsprojekt über den sozialstrukturellen Wandel in Santiago de Chile durch. Er beschäftigt sich heute mit Aspekten sozialer Ausgrenzung im internationalen Vergleich.

Page, Sheila, Senior Research Fellow in economics at the Overseas Development Institute, London. Previously at Queen Elizabeth House, Oxford, and the National Institute of Economic and Social Research; Editor: *Development Policy Review*; member of Councils of European Association of Development and Training Institutes, Royal Economic Society, Development Studies Association. Presently forthcoming book: *Beyond Trade: Regionalism among Developing Countries*.

Raffer, Kunibert, a.o. Univ.-Prof. am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Universität Wien, 1979/80 und 1983/84 Konsulent der UNIDO, 1989 Visiting Fellow am Institute of Development Studies an der Universität Sussex, 1990 bis 1993 Honorary Research Fellow, Department of Commerce, Universität Birmingham (VK).

Informationen für Autoren

Manuskripte sind zu senden an: Journal für Entwicklungspolitik, Währinger Straße 17/104, A-1090 Wien. Senden Sie zwei Kopien. Diese werden anonym begutachtet. Der Beitrag darf komplett den Umfang von 20 Seiten (2zeilig) nicht überschreiten. Legen Sie ein kurzes englisches Abstract, ein deutsches Abstract (je ca. 100 Worte) und eine Kurzcharakteristik ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit bei. Auf dem Manuskript sollte Ihr Name nicht angegeben sein. Zitierweise: Generell sollte ein Verzeichnis aller ver- und bearbeiteten Literatur am Ende des Beitrages stehen. Im Text selbst geben Sie bitte den Namen, das Jahr und bei wörtlichen Zitaten die jeweilige Seite an. Schicken Sie Ihren Beitrag zusätzlich auf Diskette, wobei das Manuskript mit Win-Word oder einem anderen Windows-compatiblen Programm erfaßt sein sollte. Redaktionsschluß für das Heft Nr. 1 ist der 31.12., für das Heft Nr. 2 der 31.3., für das Heft Nr. 3 der 30.6. und für das Heft Nr. 4 der 30.9.

Information for Contributors

Submit manuscripts to: Austrian Journal of Development Studies, Währinger Straße 17/104, A-1090 Vienna, Austria. Submit two copies and retain the original for your files. All papers deemed appropriate for the AJDS are sent out anonymously to referees. A full-length article should not be longer than 20 manuscript pages, including title page, abstract, text, references, footnotes, tables, and figures. Manuscripts must be typed double-spaced. Include a brief english abstract, a german abstract (each fewer than 100 words) and a short curriculum vitae (not more than 40 words). Delete all identifying references from your manuscript. Reference Format: In the appendix: List all items alphabetically and, within author, by year of publication. In the text: All source references are to be identified at the appropriate point in the text by the last name of the author, year of publication, and pagination where needed. Additionally submit the article in machine-readable form, possible file formats are Word for Windows or other word-processing programs for Windows. The deadline for the issue no. 1 is Dec. 31, for issue no. 2 March 31, for issue no. 3 June 30, and for issue no. 4 Sept. 30.

Die folgenden Hefte

Heft 2/1999: Indigene Völker und Ökologie
Heft 3/1999: Das neue Lomé-Abkommen
Heft 4/1999: Offenes Heft

Jahrgang 1998

Schwerpunkte, Beiträge und Hefte im Überblick:

Entwicklungszusammenarbeit (EZA)

Österreich

Georg Lennkh:	Neue Tendenzen und Überlegungen (1/98)
Helmuth Hartmeyer:	Rolle und Anteil österreichischer NROs (1/98)
Martin Jäggle:	Zehn Jahre Koalitionsregierung und die Folgen (1/98)
Elisabeth Samec:	Die Forderung nach »Sustainable Development« (1/98)
Michael Obrovsky:	Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft (1/98)

Europäische Union

Christian Pippan:	Demokratieförderung in der EZA der EU (4/98)
-------------------	--

Uganda/Mosambik

Andreas Auprich:	Demokratiefördernde EZA mit dem Nichtsstaatssektor in Uganda und Mosambik (3/98)
------------------	--

Regionale Integration in Südamerika

Joachim Becker:	EU und Mercosur im Vergleich (2/98)
Jaime Marques-Pereira:	Geld, politische Legitimität und Integration (2/98)
Luis Bértola:	The Uruguayan Road towards Integration (2/98)
Luiz A.E. Faria:	Integration und Entwicklung im Cono Sur (2/98)
Ana C. Fernandes:	Economic Integration of a Peripheral Region (2/98)

Kuba/Länderstudie

N.Pérez/D. Echevarría	Partizipation und Agrarproduktion in Kuba (3/98)
-----------------------	--

Brasilien/Länderstudie

Günther Schönleitner:	Poverty and Inequality in Brazil (3/98)
-----------------------	---

Megastädte

Christof Parnreiter:	Globalisierung und Megastädte der Peripherie (4/98)
Andreas Novy:	Raum-Macht: eine vergessene Kategorie der Weltstadtforschung (4/98)
Christof Parnreiter:	Mexico City – eine Global City? (4/98)
Renate Strobel:	Dehli: Hauptstadt, Wirtschaftszentrum und Lebensraum (4/98)
Rüdiger Korff:	Sind Megastädte planbar? (4/98)

Verschuldung

Martina Neuwirth:	Die HIPC-Initiative (4/98)
-------------------	----------------------------

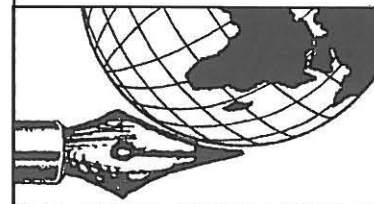
Gender

Ilse Hanak:	Empowerment von Frauen. Vorgaben und Realität (1/98)
Rita Schäfer:	Gender und Migration im Südlichen Afrika (3/98)

Ethnotourismus

Günter Spreitzhofer:	Hilltribe-Trekking in Nordthailand (3/98)
----------------------	---

epd **Entwicklungs-
POLITIK**



Tatsachen, Thesen, Trends

Zweimal monatlich rund sechzig
Seiten Information, Analyse,
Dokumentation und viel Service

Die Themen:

Weltwirtschaft, Umwelt,
Entwicklungspolitik, Frauen,
Südpolitik, Menschenrechte,
Ökumene

Der unabhängige Wegweiser

für Medien, Politik, Nicht-
regierungsorganisationen,
politische Bildung, Wissenschaft

**Bestellen Sie Probehefte,
Prospekt oder ein
Schnupperabonnement
(6 Ausgaben zu 18.-)**

epd-Vertrieb,
Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

**Das Forum zur Nord-Süd-Politik
kritisch-kommunikativ-kreativ**

Brandes & Apsel

Veröffentlichungen des IEZ, Linz

K. Zapotoczky / P.C. Gruber (Hrsg.)
Entwicklungstheorien im
Widerspruch

Plädoyer für eine Streitkultur in der
Entwicklungspolitik
236 S., Pb., ISBN 3-86099-269-4

F. Nuscheler, H. Elsenhans, U. Menzel
u.a. skizzieren den aktuellen kontro-
versen entwicklungspolitischen Diskurs.
»Die Beiträge ... sind ... nicht in einer
schwer zugänglichen Wissenschafts-
sprache verfaßt, sondern verständlich
und nachvollziehbar formuliert, dabei
jedoch sachlich im Inhalt und in der
Argumentation auf hohem Niveau.«
(Eine-Welt-Bücherdienst/MISEREOR)

K. Zapotoczky/H. Griebel-Shehata (Hrsg.)
Weltwirtschaft und
Entwicklungspolitik

160 S., Pb., ISBN 3-86099-265-1
»... Zugänge, die eingefahrene Wege ver-
lassen. Ungewohnte, teilweise auch neue
Sichtweisen erscheinen in überraschen-
den Zusammenhängen. Zur Auseinan-
dersetzung ist eingeladen.« (epd-Ent-
wicklungspolitik)

K. Zapotoczky / H. Griebel (Hrsg.)
Kulturverständnis und
Entwicklungschance

204 S., Pb., ISBN 3-86099-253-8
Ein Reader zu gesellschafts- und wirt-
schaftspolitischen Fragestellungen in der
Einen Welt, der Einsichten in unter-
schiedliche Kulturen bietet. Ein Schwer-
punkt ist die islamische Welt.

K. Zapotoczky / H. Griebel (Hrsg.)
Die Welt im Umbruch
Fremde Wirklichkeiten als
gesellschaftliche Herausforderung
272 S., Pb., ISBN 3-86099-265-1

Das Buch behandelt neben Fragen der
Entwicklungszusammenarbeit und der
Flüchtlingspolitik vor allem die ge-
sellschaftlichen Wandlungsprozesse in
den Ländern der südlichen Hemisphäre.
Eine Fülle von Einblicken in fremde
Wirklichkeiten, um das Verständnis für
kulturelle Vielfalt und Andersartigkeit zu
fördern

Nord-Süd-Beziehungen
Entwicklungspolitische Aspekte in
Wirtschaft, Ökologie und Kultur
148 S., Pb., ISBN 3-86099-246-5

Nord-Süd-Beziehungen setzt sich mit
aktuellen Fragen der Entwicklungszu-
sammenarbeit auseinander: internationa-
le Handels- und Produktionsbeziehungen,
Technologietransfer, Rohstoffpolitik,
ökologische Probleme der »Dritten
Welt«, Folgewirkungen sozio-kultureller
Veränderungen usw.

G. Kunze / F. Matambalya / A. Obrecht
Die Wiederbelebung der
Milchwirtschaft in der
Mara-Region/Tansania
304 S., Pb., ISBN 3-86099-270-8

Entwicklungspolitische Alternativen zu
großtechnologischen Investitionen mit
Modellcharakter hinsichtlich Autonomie
und Dezentralisierung wie im Hinblick
auf Nachhaltigkeit, Verwendung lokaler
Arbeitskraft, Ressourcen und Materia-
lien.

Brandes & Apsel

Leo Gabriel (Hrsg.)
Die globale Vereinnahmung und der
Widerstand Lateinamerikas gegen den
Neoliberalismus

208 S., vierf. Pb., ISBN 3-86099-146-9
Namhafte AutorInnen wie Anne Huff-
schmid, Ralf Leonhard, Leo Gabriel,
Leonardo Boff, Eduardo Galeano sowie
Subcomandante Marcos diskutieren die
Chancen der Zivilgesellschaft Lateiname-
rikas.

Werner Raza / Andreas Novy (Hrsg.)
Nachhaltig reich – nachhaltig arm?
208 S., Pb., ISBN 3-86099-273-2

Eine internationale Gruppe von Sozial-
wissenschaftlerInnen zeigt die Grenzen
des aktuellen Diskurses über »nachhal-
tige Entwicklung« und liefert die drin-
gend gebotene kritische Reflexion dieses
Konzepts – vor allem hinsichtlich seiner
Verteilungseffekte: Wer profitiert in
welchem Ausmaß von Entwicklungs-
projekten, die sich an »Nachhaltigkeit«
orientieren?

Gustavo Esteva
FIESTA – jenseits von
Entwicklung, Hilfe und Politik
2., erweiterte Neuauflage, 216 S.
vierf. Pb., illust., ISBN 3-86099-101-9
Statt »Entwicklung« und »Hilfe« von
oben fordert Esteva Initiative und
Kreativität von unten. Was ist daraus
geworden? In der Neuausgabe antwortet
er vor dem Hintergrund des Aufstands
der Zapatisten. »Sein Ansatz gesteht den
Ländern der »Dritten Welt« ein Eigen-
leben zu, das nicht auf die Entwick-
lungsprogrammatik der Industrieländer
angewiesen ist.« (ÖFSE)

Christoph Parnreiter u.a. (Hrsg.)
Globalisierung und Peripherie
Umstrukturierung in Lateinamerika,
Afrika und Asien, HSK 14

286 S., vierf. Pb., ISBN 3-86099-174-4
Die Kehrseite der liberalisierten Wirt-
schaft heißt Fragmentarisierung und Pe-
ripherisierung. Aktuelles Datenmaterial
zur Globalisierung wichtiger Bereiche
wie Finanzmärkte, Handel und Ver-
schuldung.

Peter Feldbauer u.a. (Hrsg.)
Mega-Cities
Die Metropolen des Südens zwischen
Globalisierung und Fragmentierung
HSK 12, 304 S., vierf. Pb.
ISBN 3-86099-172-8

»... fundierte Stadtportraits von Bombay
und Bangkok, Jakarta, Nairobi und
Lagos, Sao Paulo und Mexico-City.
Wenn es in den verschiedenen Beiträgen
so etwas wie eine Gemeinsamkeit gibt,
so ist es die Tendenz, das außer-
ordentliche Städtewachstum in der
Dritten Welt nicht zu dämonisieren...«
(Bayerischer Rundfunk)

A. Komlosy / C. Parnreiter u.a. (Hrsg.)
Ungeregt und unterbezahlt
Der informelle Sektor in der
Weltwirtschaft, HSK 11

252 S., vierf. Pb., ISBN 3-86099-171-X
»Das Buch ... ist wichtig, weil über
diesen dunstverhangenen Bereich der
Weltwirtschaft erstaunlich wenige
Untersuchungen vorliegen ... Fast alle
Aufsätze sind ohne besonderes Vor-
wissen verständlich.« (Winfried Roth,
Deutschlandradio)

Gerne schicken wir Ihnen unser kostenloses Gesamtverzeichnis:

Brandes & Apsel • Scheidswaldstr. 33 • D-60439 Frankfurt a. M.

Gerne schicken wir Ihnen unser kostenloses Gesamtverzeichnis:

Brandes & Apsel • Scheidswaldstr. 33 • D-60439 Frankfurt a. M.